



Interviews

"Informationen am Morgen" Datum: 24.04.2024

**Dirk-Oliver Heckmann im Gespräch mit Daniel Braun, Konrad-Adenauer-Stiftung
Skopje, zur Präsidentschaftswahl in Nordmazedonien**

Dirk-Oliver Heckmann: Wir können das Thema vertiefen mit Daniel Braun. Er ist Leiter des Auslandsbüros Nordmazedonien und Kosovo der Konrad-Adenauer-Stiftung. Ihn begrüße ich jetzt in Skopje. Schönen guten Morgen, Herr Braun.

Daniel Braun: Guten Morgen, Herr Heckmann.

Heckmann: Herr Braun, wie wichtig ist das Superwahljahr in Mazedonien für das Land?

Braun: Es ist sicherlich eine Weichenstellung und die Frage des EU-Beitritts spielt einerseits eine große Rolle. Andererseits ist bei den Themen, die die Mazedonierinnen und Mazedonier angegeben haben, die Priorität sind, der nicht dabei. Es sind hauptsächlich innenpolitische Dinge, die für die Wählerinnen und Wähler eine große Rolle spielen werden.

Heckmann: Und zwar welche?

Braun: Das Thema Korruption, der desolate Zustand des Gesundheitswesens, Luftverschmutzung, Umwelt, Bildungswesen und Wirtschaft. Das muss man leider auch so aus EU-Sicht konstatieren. Die EU ist nicht das primäre Thema.

Heckmann: Es gibt ja einen regelrechten Exodus aus Nordmazedonien. Viele Leute wollen weg. Wie wahrscheinlich ist denn vor diesem Hintergrund ein Machtwechsel und was würde ein Machtwechsel hin zu den Nationalkonservativen bedeuten?

Braun: Ich denke, ein Regierungswechsel ist sehr wahrscheinlich. Der Regierungswechsel ist in erster Linie auch der Tatsache geschuldet, dass die Bilanz der Regierung in vielen Bereichen desaströs ist. Korruption, Disfunktionalität des Staates trifft man allenthalben. Ich persönlich auch als Büroleiter bin fast täglich immer davon betroffen, wenn es um Dokumente etc. geht. Vielleicht ein Beispiel: Das Abkommen mit Griechenland und der Namensumbenennung erforderte, neue Ausweisdokumente in einer fünf Jahre Übergangsfrist auszustellen. Das hat die Regierung verpasst. Anfang des Jahres waren eine Million Bürger im In- und Ausland festsitzend, weil sie keine gültigen Passdokumente mehr hatten. – Das sind alles Dinge, die da sehr negativ auf das Kontor einzahlen, und wenn es einen Regierungswechsel gibt, heißt das aus meiner Sicht nicht zwingend, dass das Land keinen proeuropäischen Kurs mehr hat, weil VMRO-DPMNE hat nie gesagt, wir wollen keine Verfassungsänderung – und da ist jetzt die bulgarische Minderheit betrachtet. Die große Sorge, dass VMRO-DPMNE unter den ethnischen Mazedoniern auch mit großer Zustimmung vorhanden – ist, dass diese Verfassungsänderung von Bulgarien nicht die letzte Forderung sein wird an das Land, dass der Beitrittsprozess auf vielen Ebenen immer wieder neue Demarchen erlauben würde, und VMRO-DPMNE fordert weitergehende Garantien, dass in dem Bereich der identitätspolitischen Forderung seitens Bulgariens das dann wirklich auch die letzte Forderung ist, und das ist etwas, wo sie weit über ihre Wählerschaft hinaus die Unterstützung hat unter der ethnisch-mazedonischen Bevölkerung im Land.

Heckmann: Das sind die Nationalkonservativen, die Sie ansprechen. Sollten die an die Macht kommen, könnten sich dann die Spannungen zwischen Nordmazedonien und Bulgarien noch mal verschärfen?

Braun: Was heißt Spannungen verschärfen? – Bulgarien hat relativ klargemacht, was man erwartet. Es gibt aber leider auch in Bulgarien nicht unbedeutende Politiker, die relativ offen darüber sprechen, das wird nicht die letzte Forderung sein, und insofern ja, es kann sein, dass sich das weiterhin auf einem sehr eskalatorischen Level befindet. Aber es ist auch dieser Asymmetrie der Macht geschuldet. Nordmazedonien ist darauf angewiesen durch das Einstimmigkeitsprinzip, dass Bulgarien sein Veto aufhebt, und hat im Prinzip keine Handhabe, außer an den guten Willen Bulgariens zu appellieren, dass dies geschieht. Man muss sich das vielleicht auch noch mal in der Timeline vorstellen seit der Unabhängigkeit des Landes. Man musste die Flagge ändern, man musste den Namen umbenennen, jetzt soll man die Verfassung ändern. Bei der Namensumbenennung hatte damals die EU versprochen, das wäre die letzte zu erfüllende Forderung und dann würde es weitergehen. Da steckt auch mittlerweile eine große Frustration und Enttäuschung drin. Die Adenauer-Stiftung führt jedes Jahr eine Umfrage zu den Einstellungen der Menschen im Land durch, pro EU oder eben nicht. Wir haben hier wirklich einen Fall um ein Drittel der Zustimmung zur EU und das ist eine Tatsache, mit der man umgehen muss.

Heckmann: Wollen die Menschen überhaupt noch in die EU?

Braun: Ich denke, im Inneren des Herzens wollen sie das schon alle, aber sie wollen es nicht permanent immer mit neuen Forderungen. Im Beitrag wurde es ja bereits anmoderiert: Seit 2005 ist man Beitrittskandidat. Zwischendurch haben mehrere Länder der Region faktisch das Land überholt und man sieht das schon als eine gewisse Demütigung oder Benachteiligung auch gegenüber anderen Beitrittskandidaten, dass man so lange im Wartesaal sitzt und immer wieder neue Forderungen auf das Land im identitätspolitischen Bereich zukommen.

Heckmann: Aber Sie haben auch die innenpolitischen Schwierigkeiten in Nordmazedonien angesprochen, Korruption als Stichwort beispielsweise. Wäre es denn vor dem Hintergrund überhaupt empfehlenswert, das Land in die EU aufzunehmen?

Braun: Ein Beitrittsprozess ist ja ein Prozess. Niemand kann Ihnen jetzt sagen, wie lange so etwas dauert. Dass im aktuellen Status das Land Mitglied werden könnte, das glaubt man im Land selbst nicht. Das wird ein langer Prozess sein. Das gilt aber für alle Länder der Region und gilt, glaube ich, auch selbst für Länder, die bereits EU-Mitglied sind in der Region, dass man dort an diesem Thema arbeiten muss. Das ist sicherlich eine Perspektivsache und natürlich muss sich das Land da auch erheblich verbessern und bewegen, und das sage ich ganz unabhängig davon, ob ich politisch rechts oder links stehe. Das ist etwas, das betrifft alle, da kann ich eigentlich niemanden aussparen, und geht auch über die ethnischen Grenzen hinweg.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.